

## **Kein Mensch ist illegal?**

### **Der Umgang mit illegalisierten MigrantInnen zwischen Abwehr und Ausbeutung**

**mit Norbert Cyrus (Oldenburg)  
und Jürgen Klose (DGB, Stuttgart)**

Mo, 15.10.2007, 20.00 Uhr, Schlatterhaus, Österbergstr.2, Tübingen

#### Veranstaltungstext:

In Deutschland leben über 1 Million Menschen, die keinen gesicherten Aufenthaltsstatus haben. Sie werden als ‚Illegale‘ bezeichnet. Die meisten von ihnen sind prekär beschäftigt. Einerseits gehört die „Bekämpfung der ‚illegalen Migration‘“ zu den Kernzielen deutscher und europäischer Migrationspolitik, andererseits sind bereits bestimmte Sektoren der Arbeitswelt wie etwa die Altenhilfe ohne solche Menschen nicht mehr funktionsfähig. Statt die soziale und rechtliche Lage dieser Menschen zu verbessern, gelten die ‚Illegalen‘ aber weiterhin als Bedrohung und werden mit Terroristen und Kriminellen auf eine Stufe gestellt. Statt humanitärer und entwicklungspolitischer Maßnahmen werden die Grenzen um die Europäische Union zur Abwehr von Flüchtlingen und ArbeitsmigrantInnen militarisiert („Frontex“). Viele sterben bei dem Versuch, mit Booten das Mittelmeer zu überqueren oder werden von Sicherheitsbehörden aufgegriffen und abgeschoben. Pro Jahr wandern dennoch etwa eine halbe Million Menschen auf der Suche nach besseren Lebens- und Arbeitsbedingungen in die Staaten der EU ein. Für die Wirtschaft sind die hier lebenden Illegalisierten nutzbringend, weil sie als Rechtlose in der Schattenwirtschaft ausgebeutet werden können.

Norbert Cyrus wird neben den Dimensionen ‚illegaler‘ Migration und Beschäftigung in Deutschland und Europa zunächst den widersprüchlichen Umgang mit ‚illegalen‘ Arbeits- und ArmutsmigrantInnen zwischen migrationspolitischer Repression und ökonomischer Ausnutzung aufzeigen. Schwerpunktmäßig wird er die Lebens- und Arbeitsverhältnisse von Illegalisierten in Deutschland darstellen sowie den Umgang der Politik (Parteien, Regierung) sowie der Zivilgesellschaft mit diesen Menschen, die den untersten sozialen Rand der Gesellschaft bilden. Er wird Perspektiven eines alternativen und gesellschaftlich würdigen Umgangs mit Armut- und ArbeitsmigrantInnen aufzeigen, die über Kontrolle und Repression auf der einen und ökonomische Ausnutzung auf der anderen Seite hinausgehen. Jürgen Klose wird das Problem der illegalen Beschäftigung aus der Sicht der Gewerkschaften darstellen und gewerkschaftliche Positionen und Strategien zur Unterstützung Illegalisierter darlegen. In der anschließenden Diskussion wird erörtert werden, inwiefern wissenschaftliche, menschenrechtliche und gewerkschaftliche Positionen miteinander vereinbar sind.

**Norbert Cyrus** ist Anthropologe. Er arbeitet am Interdisziplinären Zentrum für Bildung und Kommunikation in Migrationsprozessen an der Universität Oldenburg. Seit 2004 ist er wissenschaftlicher Mitarbeiter im EU-Forschungsprojekt „POLITIS“ zur Untersuchung des gesellschaftlichen Engagements von Zuwanderern in 25 europäischen Mitgliedsländern. Er hat außerdem intensiv zu illegaler Arbeitsmigration in Deutschland geforscht. Jürgen Klose ist Pressesprecher und Migrationsexperte des DGB-Bezirks Baden-Württemberg.

## Transkript

(Die folgende Vorrede des Moderators ist so nicht im Wortlaut, sondern gekürzt vorgetragen worden)

**Andreas Linder (Moderator):** Der Titel der heutigen Veranstaltung ist zweigeteilt. Der erste Teil besteht aus einer Frage: „Kein Mensch ist illegal?“ Der zweite aus einer These: „Illegalisierte MigrantInnen zwischen Abwehr und Ausbeutung“. Sowohl auf die Frage als auch auf die These wollen wir in der heutigen Veranstaltung eingehen.

Dazu begrüße ich Dr. Norbert Cyrus. Er ist Ethnologe und hat seit vielen Jahren sozialwissenschaftlich zum Thema der heutigen Veranstaltung gearbeitet. Und ich begrüße Jürgen Klose, er ist Pressesprecher und Migrationsexperte des DGB Baden-Württemberg.

Zunächst von meiner Seite eine weitere Erläuterung des Veranstaltungstitels. Der erste Teil besteht wie gesagt aus einer Frage. Hinter „Kein Mensch ist illegal“ steht absichtlich kein selbstverliebtes links-imperatives Ausrufezeichen, sondern ein Fragezeichen.

Kein Mensch ist illegal ist eine programmatische und auch sympathische Parole, die vor etwa 10 Jahren aufkam. Kulturlinke und antirassistische Gruppen haben damals darauf hingewiesen, dass mit der Beschneidung, wir haben gesagt, Abschaffung des Asylrechts, immer mehr Menschen in die Illegalität gedrängt wurden. Das Motiv für Migration ist nicht nur die edle Flucht vor politischer Repression, sondern in vielen Fällen auch das profane Begehren nach einem menschenwürdigeren Leben, nach Arbeit und materieller Sicherheit. Man redet da von den Wirtschaftsflüchtlingen. Schließlich leben wir in einem ungerechten Weltsystem, wer würde das bestreiten? Diese Migration wurde kriminalisiert. Vor allem für diese Menschen wurden Abschiebeknäste und, in typisch euphemistischer Sprachregelung, Ausreisezentren überall im Land eingerichtet, um sie wieder loszuwerden. Die offizielle Parole lautete: Wir wollen keine Zuwanderung in die Sozialsysteme. Zur Erhaltung des Standort Deutschland muss die illegale Migration bekämpft werden. Dieses ideologische und diskursive Paradigma bestimmt auch heute noch die Migrationspolitik. In Deutschland (und ebenso in der gesamten Europäischen Union) wollen wir uns gezielt herausuchen, welche Migranten wir haben wollen und welche nicht. Mit der geplanten „Blue Card“ kommt das noch mal deutlich zum Ausdruck. Das Zuwanderungsgesetz, das seit 2005 gilt, und für das modernste Europas gehalten werden soll, ist im Kern ein Zuwanderungsverhinderungsgesetz. Zuwanderung soll verhindert werden, weil wir genügend eigene Probleme haben. Das fängt an mit der Arbeitslosigkeit und der Staatsverschuldung, das geht weiter mit den Migranten, die wir schon haben, denn die sind nicht richtig integriert, das kulminiert im Krieg gegen den Terrorismus, der auch ein Kampf gegen den Islam ist und alles, was zu unserer Kultur anscheinend nicht so richtig passt.

Das Zuwanderungsgesetz ist also eine Gesetzesmaschine, die selektiert, welche MigrantInnen bei uns erwünscht sind und welche nicht. Dabei stellen wir uns offenbar die Welt wie einen Supermarkt vor. An der Gemüsetheke suchen wir uns die besten Kohlköpfe und die schönsten Tomaten raus und legen sie in unseren Einkaufswagen. Das sind die hochqualifizierten Migranten, die besten Köpfe der Welt des Südens, die unserem deutschen Standort nutzen können. Obwohl wir gut aufgepasst haben, haben sich trotzdem eine ganze Menge schwarzer Kohlköpfe und faule Tomaten in unseren Einkaufswagen geschlichen. Verständlich, dass wir diese wieder loswerden wollen, wer will schon faules Gemüse haben? Trotzdem lassen wir eine ganze Menge davon im Wagen liegen, weil es doch einige gibt, die sich davon eine profitable Suppe kochen können. Auf Baustellen, in privaten Haushalten, in der Gastronomie, in der Pflege, in der industriellen Landwirtschaft – überall dort, wo mit sogenannter Schwarzarbeit Geld verdient oder gespart werden kann.

Also: Kein Mensch ist illegal, aber: Millionen Menschen sind illegalisiert und werden bekämpft. Den antirassistischen Gruppen, die diese Parole kultiviert haben, ist es nicht gelungen,

politischen Boden zu gewinnen. Vielleicht ein wenig auf der diskursiven Ebene, aber nicht auf der Ebene der konkreten Politik. Deshalb das Fragezeichen.

Nun zu der These: „Illegalisierte MigrantInnen zwischen Abwehr und Ausbeutung“. Hier wird darauf hingedeutet, dass es im Kern zwei Umgangsweisen mit den unter uns lebenden statuslosen Menschen gibt. Die eine Umgangsweise ist die Abwehr: Die Bekämpfung der illegalen Migration genießt sowohl in Deutschland als auch in der Europäischen Union hohe Priorität. Bekämpfung der illegalen Migration wird mit der organisierten Kriminalität und dem Terrorismus in einem Atemzug genannt, obwohl diese Phänomene auch auf den zweiten Blick nicht viel miteinander zu tun haben. Dass mit illegalisierten MigrantInnen primär mit den Methoden der repressiven Verfolgungsorgane umgegangen wird, wird von so gut wie niemandem in Frage gestellt. Die andere Umgangsweise ist die Ausbeutung. Wer keine Rechte hat, kann auch keine einklagen. Dass nichtsdestotrotz zahlreiche Illegalisierte in der sogenannten Schattenwirtschaft beschäftigt werden, wird zwar politisch bekämpft, aber dennoch toleriert. Vor allem für die Arbeitgeber ist dieser Status nützlich. Was gibt es Besseres als billige Arbeitskräfte? Unter den Prekarisierten stehen die Illegalen auf der untersten Stufe der Leiter. Und es scheint klar, dass diese Personen auch dort bleiben sollen. Die sozialen Verwerfungen der neoliberalen Ära gehen mittlerweile auch schon den Mittelschichten an den Hals und vor allem denen ist das Hemd näher als die Jacke. Trotzdem stellt sich gerade gegenüber Gewerkschaften genau wie bei Hartz IV die Frage, wie sie sich zur sozialen Verelendung stellen. Ist also die Bekämpfung von Illegalisierten, sprich Grezisierung, Zollfahndung, Abschiebung etc., im Sinne gewerkschaftlicher Interessen, weil es dann schon weniger Klientel gibt, für das man sich einsetzen müsste – oder verstehen Gewerkschaften Illegalisierte als Beschäftigte, für die es ebenso grundlegende Schutzrechte durchzusetzen gilt wie für andere Kollegen auch? Gibt es also nicht nur Abwehr und Ausbeutung, sondern auch Solidarität für Illegalisierte, die sich in ausbeuterischen oder prekären Beschäftigungsverhältnissen befinden?

**Norbert Cyrus:** Ich freue mich, dass ich hier sein kann, um mit Ihnen und euch zu diskutieren. Ich beschäftige mich schon seit etwa 15 Jahren mit diesem Thema. Ich habe angefangen, mich damit zu beschäftigen in Studien zu Wanderarbeit von Polinnen und Polen, die in Deutschland gearbeitet haben als LandarbeiterInnen in der Saisonarbeitsbeschäftigung oder auch im Baugewerbe als Werkvertragsarbeiternehmer. Das waren so die Anfänge. Da habe ich dann so gemerkt. Da habe ich auch gemerkt, dass es sehr fließende Übergänge gibt zwischen legaler Beschäftigung und illegaler Beschäftigung, wo also die vorschriftsmäßigen Bedingungen oder die staatlich gesetzten Standards nicht eingehalten werden und dann von den Kontrollbehörden, aber auch den Gewerkschaften als illegale Beschäftigung gewertet wird. Ich habe also sehr früh bemerkt, dass die Problematik ist, dass gar nicht so genau festgestellt werden kann, was nun illegal und was legal ist, dass es Übergänge gibt, dass es sehr starke Zwänge gibt, dass Arbeitnehmern auch dann Arbeitsbedingungen aufgezwungen werden, wenn sie von sich aus diese Arbeitsbedingungen gar nicht freiwillig akzeptieren.

Ich habe auch festgestellt, dass es einen sehr großen Bedarf gab an Unterstützung, an sozialer Beratung und Hilfe. Ich habe gemeinsam mit dem polnischen Sozialrat damals versucht, eine Beratungsstelle aufzubauen für diese WanderarbeitnehmerInnen und wir hatten 5 Jahre von 1997-2002 die Möglichkeit, im Rahmen eines Projektes, was wir vor allem mit SAM und ABM-Mitteln betrieben haben, um diese schwierige Klientel zu beraten, also mit dieser Arbeit haben wir damals versucht, den Leuten zu helfen, haben auch einige ganz gute Erfolge gehabt. Wir haben zum einen gemerkt, dass tatsächlich hier ein großer Bedarf ist, dass WanderarbeitnehmerInnen hier in Deutschland in Situationen geraten, in denen ihre Rechte nicht beachtet werden, in denen sie Unterstützung und Information brauchen. Wir haben auch feststellen können, dass diese Leute tatsächlich Rechte haben. Das ist mir ein ganz wichtiger

Aspekt, der oft übersehen wird, dass in Deutschland gesagt wird, illegale Einwanderer haben keine Rechte, das kann man so nicht sagen, sie haben aber große Probleme, ihre Rechte in Anspruch zu nehmen. Sie sind relativ schutzlos. Und diese Schutzlosigkeit kommt daher, dass sie einerseits vom Staat aufgrund ihres prekären aufenthaltsrechtlichen Status verfolgt werden, es auch eine Übermittlungspflicht gibt, die besagt, dass wenn Menschen mit aufenthaltsrechtlich schwierigen Situation sich an Behörden wenden, dass dann die Ausländerbehörde informiert wird, die die Ausweisung dann durchführt. Im Ergebnis führt das dazu, dass Menschen, die hier beschäftigt werden, dann noch nicht mal den Lohn für die Arbeit erhalten. Das waren so Erfahrungen. Wir haben aber auch gemerkt, dass es möglich ist, diese Menschen zu unterstützen. Wir haben mit einigen tatsächlich Arbeitsgerichtsverfahren durchgeführt und erreicht, dass ihnen ausstehende Löhne ausbezahlt wurden. Möglich ist das, weil beim Arbeitsgericht keine Verpflichtung besteht, den Aufenthaltsstatus zu ermitteln oder festzuhalten, sondern es geht nur darum in diesem zivilrechtlichen Verfahren, dass die beiden Parteien ihre Sachverhalte, ihre jeweilige Sichtweise einführen und dann auf dieser Grundlage entschieden wird vom Gericht, entweder in einem Vergleichsverfahren oder in einem Urteil. Deutlich geworden ist: Diese Menschen haben Rechte. Es fehlt ihnen aber an Unterstützung und Information, diese Rechte auch tatsächlich in Anspruch zu nehmen. Das wird massenhaft ausgenutzt, muss man sagen. Ich habe vor drei Jahren für das Internationale Arbeitsamt, die ILO, eine Studie durchgeführt. Das Thema war damals Menschenhandel und Arbeitsausbeutung. Ich selber habe nach extremen Formen der Ausbeutung von AusländerInnen hier in Deutschland geschaut, die hier in Deutschland beschäftigt sind. Ich habe feststellen können durch Experteninterviews und die Auswertung von Literatur und Dokumenten und auch durch Interviews mit Betroffenen, dass das Ausmaß an Ausbeutung sehr groß ist, dass die Situation der ArbeitsmigrantInnen sehr prekär ist und dass diese Situation auch dazu führt, dass Druck entsteht auf die hiesigen sozialen Verhältnisse. Also meiner Meinung nach und das deckt sich auch mit der wissenschaftlichen Literatur, wird illegale Einwanderung auch sehr stark durch den Arbeitsmarkt nachgefragt. Es gibt also hier einen Zusammenhang zwischen dem Bedarf an Arbeitskräften, der im Inland nicht gedeckt wird, und der illegalen Einwanderung. Man kann sich natürlich fragen, warum dieser Arbeitskräftebedarf besteht, obwohl es im Land gleichzeitig vier Millionen Arbeitslose gibt. Die Situation und die Ursachen sind natürlich vielfältig. Es gibt verschiedene Argumentationen, an erster Stelle, dass diese Arbeitsplätze für Einheimische uninteressant sind, dass sie schlecht bezahlt sind, dass sie nur befristet sind in der Saisonarbeit. Ein anderes, dass die Arbeitgeber kein Interesse haben, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und bessere Löhne zu bezahlen und ihre Profite erhöhen können, wenn sie die geltenden Standards unterlaufen können. Das hat natürlich nichts zu tun mit der Nationalität. Wenn wir die Frage, die hier auch gestellt ist, der Schattenwirtschaft anschauen, es gibt ja diese Schätzungen, die reichen bis zu 16% oder 460 Milliarden Euro Umfang hat die Schattenwirtschaft in Deutschland. Andere Zahlen der Rockwool-Stiftung sind deutlich niedriger angesetzt bei 3,1 % des Bruttonettoproduktes. Dennoch muss man sagen, es gibt also eine Schattenwirtschaft. Die illegale Beschäftigung von WanderarbeiterInnen wird vor allem in der Schattenwirtschaft abgewickelt. Hier muss man sagen, dass der Anteil der illegalen MigrantInnen in der Schattenwirtschaft eher klein ist. Ich gehe davon aus, dass es 8-12% der Beschäftigten in der Schattenwirtschaft sind, die tatsächlich auch als Wanderarbeiter illegal beschäftigt sind, dass also der Großteil der schattenwirtschaftlichen Beschäftigung, und das deckt sich auch mit der Literatur, mit den Erfahrungen von Wirtschaftswissenschaftlern, dass also der größte Teil der schattenwirtschaftlichen Beschäftigung durch Einheimische erbracht wird. Problematisch ist hier natürlich, dass es zu einer Konzentration kommt der illegalen MigrantInnen in bestimmte Bereiche. Auch das war ja eine Frage. Wo werden illegale MigrantInnen in besonderer Weise eingesetzt? Hier ist zu nennen für Deutschland, aber auch für Europa, Landwirtschaft, Baugewerbe, Gastronomie und Dienstleistungen, sowohl einfache Dienstleistungen als auch vor allem privat nachgefragte Dienstleistungen, also Privathaushalte, also Putzen, Kinder hüten und zunehmend auch die Altenpflege. Diese Bereiche sind in ganz

Europa nachgefragt. Es wird geschätzt, dass in Europa im Moment 6 Millionen Menschen ohne Aufenthaltsstatus leben, das wäre 1 % der Bevölkerung. Das zeigt auch nochmal, dass das eine erhebliche Zahl ist in Europa, dass es eigentlich unwürdig ist, auf Dauer diese Menschen in einer Situation der aufenthaltsrechtlichen Illegalität leben zu lassen. Aus dem Grund gibt es auch sehr unterschiedliche Herangehensweisen innerhalb der Europäischen Union. Es gibt Länder, die haben Legalisierungen, in Deutschland heißt das Regularisierungsmaßnahmen, durchgeführt. Andere Länder wie Deutschland verweigern sich dem ganz entschieden und sagen, das würde keinen Erfolg bringen, weil es würde ja nur dazu führen, dass neue illegale Migranten nachkommen. Da können wir sicher in der Diskussion auch nochmal dazu kommen. Ich denke persönlich, dass die Legalisierungskampagnen im Prinzip erfolgreich waren, aus dem einfachen Grund, weil es dabei nicht darum geht, Illegalität in Zukunft zu verhindern, sondern es geht schlicht und ergreifend nur darum, denjenigen, die jetzt hier und heute in der Illegalität leben, einen Ausweg aus dieser Illegalität zu eröffnen und diese Möglichkeit wurde in einigen Ländern erfüllt und zwar teilweise in einem erheblichen Umfang und ich glaube, dass man diese Legalisierungsmaßnahmen nicht mit der Erwartung überfrachten sollte, dass sie auch noch dazu beitragen sollten, neue illegale Einwanderung zu verhindern. Das wäre die Aufgabe von anderen Maßnahmen, die entweder darin bestehen könnten, dass man legale Einwanderungsmöglichkeiten schafft, oder auch die Grenzkontrollen effektiver macht, oder die Inlandskontrollen effektiver macht. Die Abschreckung, ich sage nicht, dass ich dafür bin, aber ich sage, das wäre eine Konsequenz, die man dann beziehen müsste, wenn man illegale Einwanderung vermeiden will.

Damit komme ich auch nochmal zu dem Punkt der gesellschaftlichen Wahrnehmung. In Deutschland wird, Andreas hat das gesagt, vor allem auf Ausgrenzung, auf Negierung gesetzt. Ich bin seit gut 10 Jahren in diesem Themenfeld engagiert, habe da mit Gewerkschaften, mit Kirchen, Wohlfahrtsverbänden, Parteien, auch Politikern auf verschiedenen Ebenen zu tun gehabt, und ich muss sagen, man findet immer wieder, oder die, mit denen ich zu tun habe, die sind natürlich immer verständnisvoll, weil das sind diejenigen, zu denen ich Kontakt bekomme, die haben durchaus ein Verständnis, die sehen auch die Problematik und den dringenden Handlungsbedarf, aber es stellt sich immer wieder heraus, es sind nur einzelne Personen innerhalb dieser größeren Zusammenhänge. Es gibt in Deutschland eine gesamte Struktur, die immer dazu führt, dass dieses Thema, wenn es denn behandelt werden sollte, wieder runterfällt und zum B-Thema wird, weil gerade andere Themen wichtiger sind, also das Zuwanderungsgesetz wurde geändert, die Bleiberechtsregelung, also immer wieder kommen Themen, die gerade doch noch etwas wichtiger sind als sich jetzt mit illegaler Migration zu beschäftigen und so fällt es seit 10 Jahren runter. Seit 10 Jahren haben wir durchaus Ansätze, immer wieder Verständnis und versuchen auch über eine Petition, die wir im Bundestag eingereicht haben oder auch durch Lobbyarbeit für Verständnis zu werben. Tatsächlich bewegt hat sich noch nicht viel. Ich selbst bin inzwischen zu der Meinung gekommen, dass sich tatsächlich nur was ändern wird, wenn es von unten kommt, von Initiativen aus den Kommunen heraus kommt, weil illegale Einwanderer, die leben nicht in Europa, die leben nicht in Deutschland, die leben in einer Stadt, in einer Kommune. Da sind die konkreten Probleme vor Ort, hier sind auch die Leute und die Behörden, die konkret damit zu tun haben und hier glaube ich auch, dass es da noch eine gewisse Pragmatik gibt, es wird nicht parteipolitisch auf Länder- oder Bundesebene alles gleich wieder kaputt gemacht und zerredet, sondern hier bestehen wirklich noch Möglichkeiten, etwas zu entwickeln und dann von unten heraus auch was zu verändern. Es gibt in Deutschland in verschiedenen Städten ja Ansätze. München ist hier vorteilhaft zu nennen, die eine Studie in Auftrag gegeben hat und dann im Rahmen ihrer kommunalen Möglichkeiten Anpassungen vorgenommen hat. In Köln wurde jetzt eine Studie durchgeführt und in Frankfurt. Ich denke, da muss man noch stärker rangehen und schauen und ich halte eigentlich Tübingen, und deswegen bin ich auch gerne gekommen, eigentlich für ein ganz gutes Pflaster. Es gibt hier einen grünen Oberbürgermeister und die Rahmenbedingungen

wären hier ganz gut, vielleicht hier solche Initiativen stärker herauszufordern oder einzufordern. So viel vielleicht zum Einstieg. Vielen Dank.

**Jürgen Klose:** Ich habe mir zum Einstieg mal ein paar Presseberichte rausgesucht, nur um ihnen mal zu zeigen, wie groß das Spektrum ist und wie häufig so was vorkommt. Wir haben zur Zeit eine Ausschreibung laufen für journalistische Beiträge über die Arbeitswelt und da ist auch ein Beitrag über Illegale, über Illegalisierte muss man vielleicht besser sagen, weil die durch die rechtlichen Rahmenbedingungen dazu werden. Es sind ja nicht die Menschen, die illegal sind. Und im Rahmen dieses Wettbewerbs kam eben auch eine Bewerbung, die sich mit dem Thema illegale Beschäftigung auseinandergesetzt hat. Da hatten wir einen Kollegen, ich glaube sogar, er ist aus Tübingen, Dr. Ulrich Stolte, hat Berichte geschrieben über Machenschaften in der Bauindustrie. Überschrift ist: "Im Ländle der Lohnpreller", eine schöne Überschrift, auch sprachlich. Zitat: "Auf Baustellen in Baden-Württemberg schufteten Arbeitnehmer aus Osteuropa und werden von Unternehmen um ihren Lohn betrogen." Ich sage jetzt nur mal beliebig ein paar Beispiele. Eine Masche war, in Polen per Zeitungsinsert Bauarbeiter anzuwerben, und die dann in Deutschland als Scheinselbstständige einzusetzen. Die haben bei Arbeitsbeginn Papiere unterschrieben, normaler Verwaltungskram dachten sie, und haben aber nicht geahnt, dass jeder einzelne mit seiner Unterschrift eine Firma gegründet hat. Die waren als Selbstständige tätig. Zwölf Polen, die als Adresse ein Zweifamilienhaus in Stuttgart hatten und die haben dann für die Firma, für verschiedene Subunternehmen gearbeitet. Das muss man sich so vorstellen, dass die gesamte Bauindustrie so läuft, dann es da einen Generalunternehmer gibt, zum Beispiel die Firma Züblin, und die vergibt dann einen Auftrag an eine andere Firma und für irgendwelche Gewerke werden dann Subunternehmer und von diesen Firmen dann wieder Subfirmen beauftragt. Also das ist eine teilweise tief geschachtelte Konstruktion und schwer durchschaubar. Das war ein so ein Kapitel.

Ganz delikant fand ich, dass beim Neubau einer Polizeidirektion in Stuttgart fast 19 rumänische Arbeiter, die dort illegal beschäftigt waren, fast verhungert wären, weil sie dort unter unwürdigen Bedingungen geschuftet haben. Aus dem Raum Geislingen habe ich was gefunden. Also das sind jetzt alles Berichte aus dem Bereich des Zolls, aus der Fahndung. Im Raum Geislingen ist auf einer Baustelle aufgefliegen, dass Arbeiter dort zwischen 5 und 7 Euro brutto verdienen haben. Dazu muss man wissen, der für die Baubranche vorgeschriebene Mindestlohn beträgt 12,30 Euro die Stunde. Das ist dann oft auch so, dass denen, wenn sie ankommen gesagt wird, falls irgendwelche Kontrollen sind, sollen sie sagen, dass sie 12,30 Euro bekommen, aber faktische kriegen sie wesentlich weniger oder sie kriegen etwas mehr, aber anschließend wird ihnen für Unterkunft so viel abgezogen, dass unterm Strich sowieso nicht mehr viel übrig bleibt. Dies endete mit einem Ordnungswidrigkeitsverfahren gegen das Bauunternehmen.

Bei zwei Stuttgarter Baufirmen haben Beamte dieser Finanzkontrolle Schwarzarbeit, so heißt die, ich habe vorher den Begriff gesucht, Finanzkontrolle Schwarzarbeit beim Hauptzollamt Stuttgart, da ist die Fahndung konzentriert, haben Wohn- und Geschäftsräume von zwei in Stuttgart ansässigen Baufirmen durchsucht und 50 Arbeitnehmer gefunden, die für eine Hochbau und (unverständlich)-Firma gearbeitet haben, ohne bei den Sozialversicherungen angemeldet gewesen zu sein. Ich könnte jetzt weiter machen, ich lasse das aber mal, hohe Strafen aufgrund von Ermittlungen der Finanzkontrolle Schwarzarbeit Tauberbischofsheim. Heilbronner Zoll leitet Großaktion gegen illegale Beschäftigung. Großeinsatz auf Karlsruher Baustelle. Zoll kämpft gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung. Also das sind nur ein paar Berichte aus dem letzten Jahr, da könnte man viele andere auch noch finden. Also, das Thema ist ein Riesenproblem. Die Baugewerkschaft, die IG-BAU, Bauen-Agrar-Umwelt heißt die ja heute, geht davon aus, dass etwa ein Drittel der Praktiken, die auf dem Bau laufen, illegal sind. Ich sage jetzt nicht, die Beschäftigung, aber Praktiken, die dort laufen, illegal sind, Steuerhinterziehung und alles, was dazu gehört, dieser ganze Bereich der

Wirtschaftskriminalität. Also, es ist ja nicht nur in der Bauindustrie so. Sie haben ja vielleicht gehört oder erinnern sich noch an diese Geschichten im Zusammenhang mit Fleischskandalen. Dort hat man illegal Beschäftigte gefunden, die zu Hungerlöhnen in Schlachthöfen gearbeitet haben, teilweise auch wieder mit dieser Konstruktion als Scheinselbständige, also auf eine Rechnung, auf eigenes Risiko quasi auch arbeiten. Inzwischen gibt es ja gegen solche Praktiken sowohl in der Bauindustrie als auch in der Fleischindustrie solche Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung in der Fleischwirtschaft gegen eine ganze Reihe solcher Organisationen. Und es ist schon richtig, dass diese Bündnisse in erster Linie dazu dienen, die Kontrolle und die Aufdeckung dieser Praktiken zu intensivieren. Das ist der Schwerpunkt, muss ich schon sagen, auch bei den von den Gewerkschaften unterstützten Aktivitäten. Es würde ja nichts nützen, wenn ich mich jetzt hier hinstelle und sage, ich bin auch einer von den guten Menschen, die der Norbert Cyrus ab und zu trifft. Die Praxis ist eben nicht immer so, wie man sich das wünschen würde. Norbert Cyrus haben immer gesagt, viel wirkungsvoller als dieser Kontrollansatz ist ein unterstützender Ansatz. Die Meinung teile ich auch, weil man kann Migration, man kann auch illegale Migration nicht kontrollieren. Man kann es versuchen, man kann da mehr Personal reinstecken, man kann da mehr Geld reinstecken, man kann technisch hochrüsten an den Grenzen, man kann auch dafür sorgen, dass man an der Meerenge von Gibraltar mehr Boote aufgreift mit Nachtsichtgeräten und High-Tech, kann man alles machen, aber die Menschen suchen sich andere Möglichkeiten, hier her zu kommen, ein mal, auf der anderen Seite steigt natürlich der Preis dann für diese Wege, also die Kosten für Schlepper, Schleuser und so weiter, also die liest man manchmal Sachen, da sträuben sich einem sämtliche Haare, wo da die ganze Verwandtschaft zusammen legt, um die Reise zu bezahlen, mit der sie irgendwo hinter der Grenze dann abgeladen und aufgegriffen werden und haben dann gar nichts mehr und werden dann auch noch zurück geschickt.

00:23:43-1 Ich wollte das jetzt nur mal am Anfang darstellen, um zu sehen, dass es ein Riesenproblem ist. Es ist ein Riesenproblem natürlich für Gewerkschaften, wenn es in der Bauindustrie, in der Fleischwirtschaft, in anderen Branchen keine Regeln, keine Normen mehr gibt und vor allem, wenn es die gibt, die sich nicht durchsetzen lassen. Also beim Bau gibt es mit dem Entsendegesetz einen Mindestlohn. Trotzdem haben wir diese ganzen Probleme. Also es ist nicht nur ein Problem, dass man mal ne Forderung durchsetzt, sondern es ist ein Problem, wie kann man das dann...ja effektiv auch...zum Tragen bringen. Mein Ansatz ist, dass wir, wenn wir über das Thema Illegale, Illegalisierte reden, die Arbeitgeber nicht außen vor lassen dürfen. Wir können hier mit einer sozialarbeiterischen Vorstellung rangehen, mit einer humanitären Einstellung rangehen, das ist alles schön und gut und passiert auch viel zu selten in unserer Gesellschaft, deswegen will ich das auch nicht schlecht machen, ich habe da Hochachtung davor, aber für mich ist der Knackpunkt die neoliberale Wirtschaftspolitik, wie sie betrieben wird mit den ganzen Deregulierungen. Dienstleistungsfreiheit ist ein so ein Stichpunkt. Das hat auf europäischer Ebene zu großen Problemen geführt, diese ganze Entsendung von Arbeitskräften hat zu großen Problemen geführt, die ja, die Nachfrage, Norbert Cyrus hat es schon gesagt, der Markt für Illegale, der ist da, und der wird eben vor allem von der Nachfrageseite her gefüttert, sprich von den Arbeitnehmern. Wir haben es bei dem Thema in erster Linie mit einem Problem des Kapitals und der Arbeitgeber zu tun. Wenn die nicht bereit wären, diese Menschen zu solchen Bedingungen zu beschäftigen, dann hätten wir dieses Problem gar nicht in dem Ausmaß. Als ich eingeladen worden bin, habe ich zuerst mal gezögert, ob ich zusagen soll, weil ich jetzt kein Jurist bin. Ich bin auch nicht der Spezialist für illegale Beschäftigung. Ich bin Pressesprecher beim DGB und für Migration zuständig, aber dieser Teil ist für mich ein Randgebiet meiner Tätigkeit, sag ich jetzt mal. Aber ich habe gesagt, ich finde es trotzdem wichtig, dass ich zugesagt habe, weil ich der Meinung bin, dass wir einen öffentlichen Diskurs über dieses Thema brauchen, dass diese Praktiken, wie sie da überall herrschen und die Art und Weise, wie Menschen behandelt werden, dass die skandalisiert gehört, also raus aus dem Schatten, raus aus der Schattenwirtschaft ins Licht der Öffentlichkeit. Und ich finde solche

Veranstaltungen auch wichtig, weil wir diese Verengung auf sicherheitspolitische Aspekte und diese ganze Terror-Abwehrdiskussion teilweise schon hysterische Ausmaße angenommen hat. Da braucht man nur den Namen Schäuble zu erwähnen, dann wissen Sie, was ich meine. Diese Verengung, die müssen wir durch Veranstaltungen wie diese versuchen, wieder ein Stück weit zurück zu drängen, indem wir das wieder auf die, ich sag mal, auf die wirtschaftspolitische Ebene und auch die humanitäre Ebene heben. Und wir müssen vor allem im politischen Raum, ja, Bündnispartner gewinnen, um zu angemessenen Lösungen zu kommen und da sieht es im Moment relativ mau aus. Es hat mal Ansätze gegeben, bevor das neue Zuwanderungsgesetz verabschiedet wurde, da gab es eine unabhängige Kommission Zuwanderung. In dem Bericht dieser Kommission waren auch Vorschläge drin, wie man mit dem Thema Illegalität umgehen kann, also Vorschläge an die Politik, was man dort verändern soll. Das ist, ja, diese unabhängige Kommission hat ihren Bericht im selben Jahr vorgelegt, als der 11. September kam, um damit war der öffentliche Resonanzboden für solche Vorschläge mit einem Schlag fast weg gewischt. Man hat kaum mehr, also im politischen Raum, Bündnispartner dafür gefunden. Norbert Cyrus hat Recht, diese Bewegung, die muss von unten wachsen. Das politische System und seine Repräsentanten sind so von dieser anderen Sichtweise geprägt, dass es einem, ja, schon manchmal grausen kann.

Es hat dann über die katholische Kirche, wo es ein Forum Leben in der Illegalität gab, einen Versuch gegeben, diese Diskussion wieder zu öffnen mit einem Manifest, überschrieben mit "Illegale Zuwanderung - für eine differenzierte und lösungsorientierte Diskussion" unterschrieben auch von vielen gesellschaftlichen Akteuren, auch von Vorstandsmitgliedern, ich glaube aller DGB-Mitgliedsgewerkschaften und des DGB-Bundesvorstands. Aber es ist schon eine Zeit lang her und dieser Versuch, einen Dialog über dieses gesellschaftliche Manifest anzustoßen, der ist wieder eingeschlafen, mehr oder weniger, Gott sei Dank nicht überall, wie man hier im Saal sehen kann, aber wir müssen nach Mitteln und Wegen suchen, wieder aus dieser, ja, aus diesem politischen Schatten, wieder ein Stück raus zu kommen. Was, ja, ich soll ein bißchen auf die Zeit achten, okay.

Zu den Rahmenbedingungen dieses Themas gehört natürlich, darauf brauchen wir jetzt aber heute nicht näher einzugehen, dieser ganze Bereich ungleiche Entwicklung, ungleiche Handelsbeziehungen, die Politik der EU gegenüber Afrika. Ich möchte mal ein Beispiel sagen. Ich war jetzt im April auf einer gewerkschaftlichen Tagung zu dem Thema in Spanien. Da haben mir Gewerkschaftskollegen aus Mali erzählt, dass die EU der Regierung die Fischereirechte abkauft und damit den örtlichen Fischern die Existenzgrundlage nimmt. Was sollen die anderen machen, die machen sich auf den Weg zu den kanarischen Inseln. Ich meine, über diese Hintergründe muss man auch mal reden, denke ich, denn das gehört einfach zu den Ursachen dazu. Zu den Ursachen gehört die EU-Politik, Festung Europa. Wir haben uns auf dieser Tag sehr gegen diese Politik gewehrt, ich sage das nur, damit sie sehen, dass Gewerkschaften auch auf internationaler Ebene versuchen, sich zu vernetzen und da was auf die Beine zu stellen. Wir kriegen ja davon gar nicht mehr so viel mit, weil es die EU mittlerweile geschafft hat, im Weg so einer Vorfeldstrategie die Probleme an die Außengrenzen und die Nachbarstaaten der EU zu verlagern und die kriegen für die Drecksarbeit, die sie dann für die EU dort machen mit Auffanglagern und ähnlichem, Internierungslager muss man eigentlich sagen, kriegen dafür dann ein paar Brosamen, damit sie in diesem Spiel ihre Rolle spielen, und sie spielen sie auch.

So. Was, wie kann man die gewerkschaftliche Position einordnen? Auf der einen Seite kann man sagen, ordnungsrechtliche Probleme stehen im Vordergrund, Polizei, Kontrollen, Zoll und so weiter. Da, muss ich sagen, haben wir auch ein Interesse daran, es gibt eine enge Zusammenarbeit auch immer wieder zwischen Gewerkschaften und dieser Finanzkontrolle Schwarzarbeit. Es gibt auch eine Hotline, die sehr in die Kritik geraten ist, nachdem sie bekannt wurde, Die IG BAU hat eine Hotline geschaltet, die nennt sich "Meldestelle Lohndumping und

illegale Beschäftigung", wo man gebührenfrei anrufen kann. Das wurde als Denunziationshotline gebrandmarkt, da können wir sicher mal drüber reden, aber ich denke, wenn man diese Praktik ans Licht bringen will, dann ist man auch auf die Mitarbeit von Leuten angewiesen, die was wissen, aber die vielleicht nicht unbedingt aus der Deckung kommen wollen, aber da kommen wir vielleicht in der Diskussion noch drauf. Also, das ist dieser ordnungsrechtliche, strafrechtliche Kontrollansatz. Dann gibts den Ansatz Menschenrechte, "Kein Mensch ist illegal", Grundrechte für Illegale, Offene Grenzen, sag ich mal, eine schöne Utopie, überall leben zu können und vor allem zu dürfen, wo man möchte und dort dann auch noch Arbeit zu finden und sozial abgesichert zu sein, das ist eine schöne Utopie, aber in dieser Gesellschaft im Moment noch nicht auf der Tagesordnung. Unsere Position würde ich dazwischen einordnen. Wir haben schon ein Interesse, dass es Regeln gibt, und dass diese Regeln auch eingehalten werden. Also wenn ich ein Entsendegesetz habe, wenn ich einen Mindestlohn habe, wenn ich bestimmte Vorschriften habe, die zu, ich sage mal halbwegs abgesicherten Arbeitsbedingungen führen sollen, dann muss ich als Gewerkschaft auch ein Interesse haben, dass das kontrolliert wird und dass es dafür Strafen gibt und entsprechende Konsequenzen. Nur, ein Problem ist dabei natürlich, dass es oft, und da setzt dann wieder unsere Kritik an, dass es oft die einzelnen Menschen trifft und diejenigen, die dafür verantwortlich waren, die kriminellen Arbeitgeber und die Netzwerke, dass die mit geringen Strafen, teilweise Ordnungswidrigkeiten, nicht mal Straftaten, dass die mit relativ harmlosen Strafen davonkommen. Ich sehe aber auch die Grenzen dieser Kontrollen. Die führen letztlich dazu, dass die Praktiken, die Verschleierungstaktiken immer raffinierter werden, dass die Preise für die Schleuserorganisationen steigen und dass es natürlich auch bedenkliche Nebenfolgen hat, also man kann eine Gesellschaft, wenn man vom demokratietheoretischen Ansatz ausgeht, nicht so organisieren, dass man eine lückenlose Kontrolle hat, also schon gar nicht auf dem Arbeitsmarkt, das möchte ich auch nicht. Also jetzt überall verdachtsunabhängige Kontrollen zu machen mit großen Trupps von Polizei und Zoll irgendwo einzufallen auf Baustellen, ist natürlich auch ein Problem, genauso wie die technische Hochrüstung an den Grenzen ein Problem ist.

Ich komme zum Schluss, indem ich ein paar praktische Wege aufzeigen möchte. Ich halte wenig von dieser Diskussion über Legalisierungskampagnen, die haben in Deutschland keine Tradition und machen nach meinem Eindruck die Diskussion zu diesem Thema eher kaputt als dass sie Diskussionen öffnen. Ich würde eher einen pragmatischen Ansatz wählen, der sagt: Wir haben das Problem, wir haben Leute, die hier illegal beschäftigt sind, lass uns aber wenigstens gucken, dass wir für die wenigstens soziale Mindeststandards sichern. Dazu gehören für mich drei Bereiche. Erstmal die medizinische Behandlung, dann der Schulbesuch, und das dritte sind die Arbeitnehmerrechte, also wie kann ich ihnen Lohn und anderes, was ihnen zusteht, sichern? Dann brauchen wir sicher eine Entkriminalisierung von Helfern, also dass heute immer noch die Hilfe in dem Bereich mit Strafe bedroht ist, das finde ich ein Unding. Das war auch ein Vorschlag der unabhängigen Kommission Zuwanderung, das zu ändern, genauso wie die Frage der Schulpflicht. Das muss man auf kommunaler Ebene auch angehen, da bin ich mit Norbert Cyrus auch völlig einig. Und wir haben auch mit Pro Asyl, also der DGB und Pro Asyl und andere, für ein vernünftiges Bleiberecht eingesetzt, das was wir jetzt haben, ist ja kein vernünftiges Bleiberecht, die paar Möglichkeiten, die da für Geduldete eröffnet wurden, die bleiben weit hinter dem zurück, was Gewerkschaften und Pro Asyl sich vorgestellt haben. Das Problem bei dem gewerkschaftlichen Ansatz ist, dass es auf der, ich sag mal, Ebene der politischen Erklärungen und bei den Zuständigen so schlecht gar nicht aussieht, aber wie überall ist es eine Frage von Ressourcen, von Mitteln, die man dafür frei hat und von Personal, das man dafür hat. Und ich sag ihnen nichts Neues, wenn ich sage, die Gewerkschaften haben in den letzten Jahren viele Mitglieder verloren. Die Finanzkraft ist sehr stark zurück gegangen und hat natürlich auch in dem Bereich zu starken Einbrüchen geführt, vor allem auch durch die Krise in der Bauindustrie bei der IG BAU, da ist heute einfach nicht mehr das Potenzial vorhanden und dann setzt man eben, ja, andere Prioritäten als sie vielleicht wünschenswert wären. Es gibt einen so nen

Aufreger. Da hat mal ein Kollege gesagt, wenn es um den Schutz von Illegalen oder Illegalisierten geht. Drei Neuaufnahmen in diesem Bereich kosten fünf Rechtsschutzverfahren und das kriegen sie natürlich nicht gebacken, da können sie nicht die Finanzkraft haben, also ohne eine starke Solidargemeinschaft im Hintergrund können sie es letztlich vergessen, weil sie keine Gewerkschaft finden kann, die sich so etwas leisten kann. Es geht schon einfach rein rechnerisch nicht. Und deswegen ist es auch wichtig, dass sich auch diejenigen, die sich für dieses Thema engagieren, dass sie auch die Gewerkschaften stützen und das ist dann der obligatorische Werbeblock am Schluß. Ich hoffe, dass sie alle Mitglied sind, dass wir dann auch die Finanzkraft haben, um uns um Probleme stärker zu kümmern, die mir und Ihnen am Herzen liegen. Ich will mich damit nicht rausreden, aber es ist ein Problem. Sie brauchen die Manpower und die Strukturen, wenn sie dieses Problem wirkungsvoll angehen wollen. Vielen Dank und Entschuldigung, dass es ein bisschen lang geworden ist.

**Andreas Linder** : Ja, vielen Dank. Ich mache mal weiter mit ein paar Nachfragen und bleibe mal beim Du und stelle gleich dir (Klose) eine Nachfrage, aber davor: Ich dachte, wir hätten in Deutschland die stärksten Gewerkschaften der Welt. Sieht gar nicht so aus, oder? Aber, Spaß beseite. 00:42:43-3

**Jürgen Klose**: Die GDL

**Andreas Linder** : Du hast gerade noch gesagt, du wärst gegen solche Legalisierungskampagnen und eher für einen pragmatischen Ansatz. Mich würde mal interessieren: Was machen die Gewerkschaften eigentlich konkret? Du hast vorhin vorgestellt, was der Zoll so alles macht. Also, es gibt so "Bündnisse gegen Schwarzarbeit und illegale Beschäftigung", der Zoll macht Razzien. Steht dann die Gewerkschaft daneben und klatscht Beifall, wenn die illegal Beschäftigten hinterher abgeschoben werden oder richtet sich der gewerkschaftliche Protest gegen die Arbeitgeber? Allgemeiner gefragt: Es gibt genügend solche Geschichten, also illegale Beschäftigung und Migration soll bekämpft werden. Die Gewerkschaften sind mit am Tisch als Akteur. Was machen sie konkret in solchen Fällen. Ergreifen sie irgendwelche solidarischen Aktivitäten für die Beschäftigten, die in einem Ausbeutungsverhältnis stehen, oder freuen sie sich insgeheim, dass die dann weg sind?

**Jürgen Klose**: Also erstmal, als Gewerkschaft ist unser Ansatz natürlich Interessenvertretung für die Beschäftigten und das für Leute mit Arbeitserlaubnis und für Leute ohne Arbeitserlaubnis. Das ist mal der Grundsatz.

**Andreas Linder** : Das war der allgemeine Satz.

**Jürgen Klose**: Das war der allgemeine Satz: Der zweite Satz ist, dass wir natürlich nicht dabei stehen und Beifall klatschen, sondern dass wir auch die Arbeitgeber an den Pranger stellen und wir geben, wenn wir die Möglichkeit dazu haben, auch Unterstützung für die Betroffenen. Nur, braucht man die Betroffenen eben dazu und das ist das Problem. Also, einmal gibt es eine sehr große Angst in dem Bereich. Da gibt es ganz komische Interessenkollisionen, Interessenkoalitionen nicht -kollisionen zwischen den Illegal Beschäftigten und der Arbeitgebern, aber wenn jemand bereit ist, auch auszusagen, dann kriegt auch die Unterstützung der Gewerkschaft. Es gibt inzwischen auch seit einiger Zeit einen Europäischen Verband der Wanderarbeitnehmer, der sich dieser Entsendegeschichte angenommen hat und die unterstützen auch, machen Öffentlichkeitsarbeit, versuchen auch, den Lohn einzuklagen, aber dazu braucht man auch die Betroffenen, die bereit sind, auszusagen und sich hinzustellen. Da wünsche ich mir manchmal, dass wir eine andere rechtliche Situation hätten, die sowas wie eine Kronzeugenregelung beinhaltet, dass jemand, der diese Praktiken aufdeckt, dass der einfach dann nicht abgeschoben wird, sondern hier bleiben kann. Das wäre sicher eine Regelung, die

das erleichtern würde. Aber es ist nicht immer leicht in diesem Fall, Leute zu bekommen, die bereit sind, für ihre Rechte auch zu kämpfen. Aber die gibt es und die werden von den Gewerkschaften dann auch unterstützt.

**Andreas Linder** : Nochmal konkrete Nachfrage. Ich muss sagen, ich kenne zu wenig Beispiele aus der Praxis. Es gibt diese Beispiele aber. Es gibt Zollrazzien auf Baustellen, in Fleischereien und so weiter, in Unternehmen verschiedener Art. Was passiert mit den Personen, die keinen Aufenthaltsstatus haben und was machen die Gewerkschaften, die Betriebsräte, die in diesem Betrieb sind? Schauen Sie zu und sagen: Bedauerlich, bedauerlich, wir können nichts machen. Was tun sie für ihre Kollegen? Vielleicht kannst du ein Beispiel sagen, vielleicht ein positives Beispiel.

**Jürgen Klose**: Ich habe das ja schon angesprochen, dieser europäische Verband für Wanderarbeitnehmer ist nur ein Fall. Es gibt einen Fall, das waren zehn Polen, abgeblüht alles selbständige Unternehmer, die von einer Stuttgarter Baufirma angeheuert worden waren und dann als Scheinselbständige, ich habe das ja erwähnt vorher, gearbeitet haben, und dieser Fall ist eben von dem europäischen Verband für Wanderarbeitnehmer aufgenommen worden und man hat vor Gericht dann den Lohnanspruch für diese Arbeiter durchgesetzt. Auf die ausländerrechtlichen Konsequenzen, die dann folgen, haben wir keinen Einfluss. Ich habe auch noch keine Idee, wie man das anders machen kann. Auf der einen Seite muss man diese Praktiken ja aufdecken.

**Andreas Linder** : Also die Kinder zum Beispiel in Gomaringen stellen sich vor die Schule und sagen: Meine Mitschülerin soll nicht abgeschoben werden. Die haben auch keinen ausländerrechtlichen Einfluss. Offensichtlich gibt es also keine solchen Fälle der Solidarität, von denen man in Baden-Württemberg berichten könnte?

**Jürgen Klose**: Nein, das muss man ganz ehrlich sagen, die Stimmung auf dem Bau ist keine, die, ja, wie soll ich sagen, um nicht ein falsches Bild zu bringen, aber die Wut auch über diese Praktiken, die dort herrschen, ja, angesichts der Arbeitslosigkeit von zigtausenden von Bauarbeitern und was da an Druck auf Lohn und Arbeitsbedingungen dadurch ausgeübt wird, die ist schon erheblich und das will ich gar nicht leugnen, dass es da nicht immer solidarisch zugeht. Das geht nicht. Man ist sicher auch in einen oder anderen Fall froh, wenn man sich dadurch unliebsame Konkurrenten vom Hals geschafft hat. Das ist nicht unsere gewerkschaftliche Position, aber klar, das gibt es, und es gibt auch Rassismus in den Gewerkschaften, das ist überhaupt keine Frage, aber es ist nicht typisch für uns. Und es gibt eben auch die andere Seite, dass wir versuchen, den Leuten zu helfen. Wir, wir versuchen auch, auf die ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen Einfluss zu nehmen. Wir haben heftig gekämpft für andere Regelungen im Zuwanderungsgesetz, im Aufenthaltsgesetz, versuchen da auch, ne Lobbyarbeit zu machen mit Pro Asyl und Kirchen und Wohlfahrtsverbänden, aber ja, dass sich da jetzt eine Baukolonne hinstellt und sagt, die bleiben jetzt erst mal hier, das habe ich auch noch nicht erlebt. Gut, ich bin nicht so nah an den Betrieben dran, als jemand vom Dachverband beim DGB.

**Andreas Linder** : Okay, danke. Ich möchte nicht den ganzen Abend als Frager bestreiten, aber noch einmal meinen Kopf in diese Richtung drehen, das Thema wechseln, und nachher können wir dann in eine Diskussion kommen. Also., ich würde dich auch bitten, dass du jetzt nicht zu lange darauf antwortest, sondern dass wir dann ans Publikum geben können. Du warst letzte Woche in Brüssel bei einer Anhörung zur Frage des Umgangs in der Europäischen Union mit illegalisierten Migrant\*innen. Thema Arbeitsmigration. Es werden ja neue Umgangsweisen unter dem Label "zirkuläre Migration", "Blue Card" und so weiter diskutiert. Was wollte das Europäische Parlament von dir wissen und in welche Richtung wird da gerade diskutiert?

**Norbert Cyrus:** Ja, das war eine Anhörung des Ausschuss für Beschäftigung und Sozialangelegenheiten. Es ging um die Gestaltung der Wirtschaftsmigration, in diesem Jargon, das ist ja sehr unterschiedlich. Und man muss wissen, dass das Europäische Parlament zwar mitspracheberechtigt ist, aber letzten Endes kein Entscheidungsrecht hat. Sie können also ein Votum abgeben im Prozess der europäischen Meinungsfindung, aber letzten Endes entscheidend ist immer der Europäische Rat, also von daher kann man in diesem Gremium sehr breit diskutieren und auch bestimmte Statements abgeben, weil man das hinterher nicht in eine bestimmte politische Praxis umsetzen muss. Verhandelt wurde nochmal sehr stark gerade, wie: Ist eine arbeitsmarktgesteuerte Zuwanderung überhaupt notwendig, jetzt und in Zukunft? Wie ist die demografische Entwicklung einzuschätzen? Da waren eigentlich die eingeladenen drei Sachverständigen der Meinung, dass es sehr wohl auf Zuwanderung ankommt, um die demografische Entwicklung ein Stück weit auch auszugleichen, dass es aber nicht die einzige Antwort sein kann. Eine andere Frage war, ob sich die Zuwanderung nur auf die Hochqualifizierten-Zuwanderung konzentrieren sollte oder ob es auch um Niedrigqualifizierten-Zuwanderung gehen sollte. Hier war eher die Antwort, dass die aktuelle Bestandsaufnahme zeigt, dass es auch einen Bedarf an sogenannten Niedrigqualifizierten gibt, die, das muss man sagen, ja oft von Arbeitsmigranten ausgeführt werden, die nicht unbedingt niedrig qualifiziert sind, die aber in diesen Jobs niedrig qualifizierte Tätigkeiten ausüben. Das sind die Bereiche, die ich bereits genannt habe: Landwirtschaft, Gastronomie und Dienstleistungen. Da war also Einigkeit, dass da also jetzt bereits ein Bedarf besteht, der in Zukunft auch noch wechseln oder ansteigen wird. Eine Frage war, wie das eigentlich einzuschätzen ist, wenn man gleichzeitig auch inländische Arbeitslosigkeit hat, ob man da nicht besser in die Ausbildungssysteme auch investieren sollte, um die Arbeitskräfte, die benötigt werden, auch zu bekommen im Inland. Da muss man sagen, dass das natürlich eine längerfristige Perspektive, während Arbeitsmigration immer nur eine kurzfristige Strategie sein kann, aktuelle Arbeitskräftebedarfe zu decken, während die Investition in Bildung und Ausbildung doch eher längerfristig wirkt. Ein anderer Punkt ist, worauf ich auch noch aufmerksam gemacht habe, wenn man heute einen Mangel an Technikern oder an, ja, Maschinenbauern oder Naturwissenschaftlern hat, dann hat das auch etwas zu tun mit der Art und Weise der Ausbildung. Wenn man also in der Schule einen dermaßen langweiligen Mathematik- oder Physikunterricht macht, dann soll man sich nicht wundern, wenn dann wenig Interesse besteht, diese Fächer auch zu wählen. Hier muss man also auch schauen, wie man qualitativ und inhaltlich das Bildungssystem weiter entwickelt und verändert, also an diesen Fragen zeigt sich im Prinzip schon, wie komplex Migration ist, auch die Frage der illegalen Migration wurde sehr stark angesprochen, mehrfach, auch von den KollegInnen aus Spanien, die da ja in einer ganz anderen Weise davon betroffen sind, und auch hier wurde nochmal gefragt, was sind so die sozialen Rahmenbedingungen, die man bieten kann. Wie kann das gestaltet werden? Arbeitsmarktbezogene Zuwanderung, zirkulär, temporär, dauerhaft. Soziale Rechte, Arbeitsrechte, soll man die von Anfang an gewährleisten? Also, das waren so Fragen, die eine Rolle spielen, die da behandelt wurden.

**Andreas Linder :** Eine kurze Nachfrage: Also, zirkuläre Migration, das haben wir ja in den 60-er Jahren gemacht. Damals dachte man auch, wir holen uns Gastarbeiter, und die gehen dann wieder, die kommen ja nur zum Arbeiten, und dann hat eben doch so was stattgefunden wie ein Einleben und eine Vergesellschaftung dieser Menschen. Wenn man jetzt sozusagen mit der gleichen Idee, also der zirkulären Migration, egal ob Hoch- oder Niedrigqualifizierte, herangeht, macht man doch den gleichen Fehler wie in der 60er-Jahren, also warum ist das so ängstlich, warum muss das zirkulär sein?

**Norbert Cyrus:** Na ja, jein. Also ich würde sagen, die zirkuläre Migration ist eine Möglichkeit, in einem größeren Zusammenhang. Also, wenn man das natürlich nur sehr eng sieht und nur diese eine Form des Arbeitskräfte Rekrutierens sieht, dann ist es bedenklich. Man muss aber

auch sagen, dass die sogenannte Gastarbeiteranwerbung in den 60er-Jahren bis in die 70-er Jahre nicht wirklich gescheitert ist. Das ist aus meiner Sicht ein Mythos

**Andreas Linder** : Das habe ich nicht gesagt.

**Norbert Cyrus**: Nein, ich sage das allgemein, also bis 73 wurden etwa 14 Millionen Menschen angeworben. Als der Anwerbestop ausgesprochen wurde 1973, waren 2,7 Millionen Menschen in Deutschland ausländische Arbeitnehmer, das heißt als doch, dass über 11 Millionen auch wieder zurück gegangen sind. Da gab es durchaus diese Fluktuationen, diese Rotation, und ich finde auch, dass man sehen muss, dass auch die Erfahrungen mit illegalen Einwanderern, die ich gemacht habe, nicht mit allen natürlich, durchaus so sind, dass die hier herkommen, eine Zeit lang arbeiten wollen, etwas erreichen wollen, und dann aber auch diese Rückkehrorientierung, diese Rückkehrabsicht haben und man nicht sich einbilden muss, wir in Deutschland müssen uns nicht einbilden, dass wir das tollste Land sind, und alle wollen auf ewig hier bleiben. Also insofern...

**Andreas Linder** : Ja, aber der langfristige Aufenthalt soll ja gesetzlich ausgeschlossen werden.

**Norbert Cyrus**: Ja, die Rückkehr soll verpflichtet werden, und da sage ich, das halte ich für prinzipiell bedenklich. Ich würde sagen, zirkuläre Migration sollte befristet sein auf typische Saisonarbeit, also in der Landwirtschaft bis zu drei Monaten, man sollte aber ansonsten, wenn man Arbeitskräftebedarf hat, den durch reguläre Angebote, die arbeitsmarktbezogen sind, die durchaus auch mit einer Arbeitsplatzzusagen verbunden sind am Anfang, die durchaus auch befristet sind am Anfang, dass man also Leuten die Möglichkeit gibt, eine befristete Aufenthaltserlaubnis zu geben, um hier eine Beschäftigung auszuüben. Man sollte aber auf keinen Fall einen Rückkehrzwang damit verbinden, sondern sagen, wenn beide Seiten zufrieden sind, sollte es nicht nur die Möglichkeit eines regulären Übergangs in eine dauerhafte Niederlassung geben, sondern es sollte sogar einen Rechtsanspruch geben für die Betroffenen analog zu dem, was wir zur Zeit mit der Türkei im EU-Assoziationsabkommen haben. Das ist also dem deutschen oder europäischen Rechtssystem gar nicht so fremd. Diese Möglichkeit gäbe es, um hier auch nochmal sozusagen nicht, wie in den klassischen Einwanderungsländern zu sagen, Leute, ihr bekommt eine Green Card von Anfang an, ihr dürft einwandern, ihr dürft euch niederlassen. Da erfolgt ja die Auswahl nach einem Punktesystem, nach Ausbildung, Berufserfahrung. Das Problem hier ist, die Leute wandern ein und stellen teilweise hinterher fest, dass ihre Berufsqualifikation, weswegen die Punkte bekommen haben, weswegen die einwandern durften, in dem Land gar nicht anerkannt werden, weil die da nochmal eine eigene Anerkennung gebrauchen, die aber verweigert wird. Das führt also dazu, dass im klassischen Einwanderungsland ein beträchtlicher Teil der Leute Probleme hat, entsprechend ihrer Qualifikation tatsächlich Arbeit zu finden. Was auch vergessen wird, ist, dass ein Drittel im Durchschnitt der Leute, die einwandern, auch weiter wandern, oder zurück kehren, aus welchen Gründen auch immer. Also, das sind so Überlegungen oder Beobachtungen, die mich dazu bringen, zu sagen, es macht keinen Sinn, oder es ist nicht unbedingt nötig, von Anfang an gleich eine dauerhafte Aufenthaltserlaubnis zu geben, sondern, wenn man am Anfang eine befristete gibt für Leute, die eine Arbeitsplatzzusage haben, und die Arbeitsplatzzusage wird erteilt, wenn die geltenden tariflichen Standards eingehalten werden, das ist mir wichtig, weil ich will nicht, dass es immer weiter runter geht. Also, wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden, kann man eine temporäre Zusage bekommen und dann gibt es eben die Möglichkeit auf Verlängerung und des Rechtsanspruchs auf Verlängerung und es muss auch dann ganz klare Mechanismen und Rahmenbedingungen geben, die die Einwanderer, die zunächst temporär zugelassen sind, über ihre Rechte auch tatsächlich informiert, ihnen auch soziale Beratung gibt, damit hier das, was wir im Moment erleben, dass nämlich die Wanderarbeitnehmer, die temporär beschäftigt sind, dass die einfach ausgebeutet werden. Das war unser Vorschlag, den wir da gemacht haben.

**Andreas Linder** : Gut, vielen Dank. Jetzt seid ihr dran. Wir haben jetzt auf jeden Fall noch eine starke halbe Stunde zum Fragen und Diskutieren. Ich bitte um Wortmeldungen.

Frage (Mann): Mich hat das ja ein bisschen enttäuscht, was die Gewerkschaften da machen, also da war doch in erster Linie so ein Schwerpunkt auf repressive Methoden. Ich kann mir eigentlich gar nicht vorstellen, dass das alles sein soll. Also, es ging ja auch auf jeden Fall nach hinten los. Da wird als Argument sogar gebracht, dass es einen Mitgliederschwund gibt. Ich drehe das Argument jetzt mal rum. Ich weiß, dass es bei italienischen Gewerkschaften auch einen Mitgliederschwund gibt, insgesamt aber eine Zunahme, da gehen die Migranten als erstes in die Gewerkschaft, weil sie sich ab da auch sicher sein können, dass sie auch in anderen Belangen unterstützt werden. Aber warum? Da muss es dann ja was geben. Es wird ja irgendwie Praktiken der Gewerkschaften geben, dass die sich überlegen, okay wir können wir jetzt Migranten oder überhaupt prekär Beschäftigten überhaupt, das ist ja ein Problem, das nicht auf Migranten begrenzt ist, wie können wir da Werbung für uns machen? Wie können wir denen zeigen, dass wir ihnen helfen können? Oder können das die Gewerkschaften im Moment? Der Wanderarbeitnehmerverband hat Materialien über die Rechte von Arbeitnehmern in allen möglichen Sprachen, der geht dann auch mal auf die Baustellen und versucht, die zu verteilen. Das ist ja schon mal ein Schritt. Vielleicht gibt es auch sonst noch irgendwelche Ideen, da muss man an Ideen, was Prekarität und migrantische und irreguläre Arbeit angeht, müssen doch entwickelt werden, oder?

**Andreas Linder** : Einen Moment. Gibt es noch weitere Wortmeldungen? Ich würde vielleicht zwei bis drei zusammen nehmen.

Frage (Mann): Herr Klose, ich habe in der Ankündigung gelesen, dass Sie Strategien zur Unterstützung Illegalisierter vorstellen würden und das habe ich noch nicht ganz kapiert, was ein Illegalisierter davon hat, wenn er sich meldet und sagt, ich werde ausgebeutet. Also, er bekommt dann vielleicht nachher noch ein bisschen mehr Lohn und wird dann abgeschoben. Ich finde es sehr schön, dass sich die Gewerkschaften zusammen mit den Kirchen für ein besseres Bleiberecht eingesetzt haben, aber das Aufenthaltsrecht ist ja da brutal und da können Sie ihnen auch nicht helfen.

**Jürgen Klose**: Ja, da stimme ich zu.

**Frage (Mann)**: Und wenn ein Illegaler kommt und dann Mitglied wird, dem können Sie auch nicht helfen.

**Jürgen Klose**: Gegen das herrschende Ausländerrecht nicht, nein. Aber ich will nachher dazu was sagen.

**Andreas Linder** : Ja, ja, klar. Ich nehme noch zwei Wortmeldungen auf.

**Frage (Mann)**: Nach Ihren Ausführungen zu schließen, hat die Bundesregierung die Möglichkeit, nach ordnungsrechtlichem und menschenrechtlichem Rahmen zu unterscheiden, und wenn sie das kann, dann müsste man auf jeden Fall Lobbyarbeit machen, um das Aufenthaltsgesetz zu ändern (unverständlich) und sie von der Übermittlungspflicht auszuschließen.

**Frage (Frau)**: (unverständlich)... Mich würde es nochmal genauer interessieren, wie das mit dieser Übermittlungspflicht ist, weil gesagt wurde, dass das im Rahmen von offiziellen Ämtern weiter gegeben werden muss.

**Andreas Linder** : Das war jetzt an Norbert gerichtet. Vielleicht aber Jürgen Klose zuerst zu den gewerkschaftlichen Themen.

**Jürgen Klose**: Ja, also ich sag mal, wie das auf dem Bau läuft. Es gibt eine Firmenlandschaft, die aus Großbetrieben besteht und es gibt ganz viele Kleinbetriebe und es gibt zig Baustellen. Die Organisierung, die die IG BAU da macht, die läuft oft so, dass die mit dem Bus rumfahren auf die Baustellen und versuchen, Mitglieder zu werben, und das Angebot gilt natürlich für alle, die auf der Baustelle arbeiten. Ha, ich sag mal, es ist nicht die Regel, dass sich da Illegale melden und sagen, sie wollen jetzt Mitglied werden und durch die Gewerkschaft vertreten werden, weil ihnen nämlich die Angst im Nacken sitzt, und weil sie auch bedroht werden, es ist ja kein Frühlingsspaziergang, den die machen, sondern denen wird gesagt, wenn ihr auspackt, dann passiert euch was. Das sind kriminelle Praktiken, die da laufen, und die Bereitschaft, sich dagegen zu wehren, die ist so verbreitet nicht, aber ich habe ja gesagt, wenn sich Leute finden, und wir wollen die auch finden und wir unterstützen das, dann versuchen wir auch, ihre Ansprüche durchzusetzen, aber wir können nicht gegen die herrschenden ausländerrechtlichen Rahmenbedingungen was machen, aber wir können versuchen, die zu verändern. Das habe ich ja gesagt, meine Position ist, diese Kronzeugenregelung, wenn jemand aussagt, dass er dann hier bleiben kann. Meine Position ist, dass diese, diese Übermittlungspflichten geändert werden, also dass Menschen, die diesen Illegalisierten helfen, nicht auch kriminalisiert werden, das wäre ein großer Schritt und ansonsten können wir immer nur wieder gegen die Art und Weise, wie die Ausländerpolitik in diesem Land betrieben wird, politisch angehen und versuchen, da Bündnisse zu schließen und das machen wir auch mit Pro Asyl, mit Kirchen, mit Wohlfahrtsverbänden, aber das gesellschaftliche Klima, was wir haben, ist halt im Moment nun ein anderes und es ist schwierig, da was zu ändern.

**Frage (Mann)**: Wo gibt es so was außer auf dem Bau? Ich sehe da ja auch als ein positives Beispiel, dass man da hinfährt und mehrsprachige Broschüren über das Arbeitsrecht verteilt, aber gibt es solche Bemühungen auch im Hotelgewerbe und wie geht man mit dieser Hausarbeit, mit der häuslichen Pflege und solchen Geschichten um?

**Jürgen Klose**: Ja, Hausarbeit ist zugegebenermaßen ein weißer Fleck. Da gibt es zwar eine traditionelle Zuständigkeit der Gewerkschaft Nahrung, Genuß, Gaststätten, aber das Thema wird von den Gewerkschaften nicht beachtet. Das muss man aber sehen: Wie läuft Gewerkschaftsarbeit? Also, wir haben bestimmte Ressourcen, ja, also, was weiß ich, ein Bezirksverband der IG BAU hat drei oder vier Leute und müssen ein Riesen Gebiet beackern und dann ist es einfach eine Frage der Ökonomie, wo ich ansetze. Dann halte ich mich an, so wie das in der Metallindustrie ist, dann halte ich mich an große Organisationsbereiche, wo es sich lohnt, ja, und geh nicht in die Hauswirtschaft oder versuche nicht, Leute gezielt anzusprechen, wo ich genau weiß, die verursachen so viel Kosten, die krieg ich mit dem, was ich ansonsten mit solidarischer Finanzierung durch ne große Mitgliedschaft habe, überhaupt nicht mehr rein.

**Frage (Mann)**: Aber die Idee ist ja gerade bei dem Wanderarbeiterverband genau anders rum. Der wird ja bezuschusst von der IG BAU. Also da ist ja die Idee, man unterstützt jetzt den Verband, der für die Rechte, für höhere Löhne von Wanderarbeitern eintritt, um damit auch das Lohnniveau stabil zu halten. Also, die häusliche Pflege ist vielleicht ein Extrembeispiel, aber es geht ja auch um die Löhne im öffentlichen Dienst oder in den ganzen Altersheimen, oder die Putzdienstleistungen.

**Jürgen Klose**: Ich weiß, also wir, in den Gewerkschaften fängt zu Zeit ein Umdenken an, dass wir uns dieses Themas prekäre Beschäftigung mehr annehmen. Wir haben uns ja bisher mehr

oder weniger mit den Stammbeschäftigten beschäftigt und je mehr diese wegbrechen und der Arbeitsmarkt sich mehr dem Wilden Westen annähert als geordneten Verhältnissen, umso mehr werden wir, wenn uns unsere organisatorischen Grundlage unter den Füßen weggezogen werden soll, gezwungen, uns verstärkt mit diesen Formen von Beschäftigung zu beschäftigen. Also wir haben da jetzt so ne Kampagne laufen, die nennt sich "Gute Arbeit". Die Gewerkschaft in Baden-Württemberg werden sich unter diesem Thema "Gute Arbeit" im nächsten Jahr verstärkt dieses Themas prekäre Beschäftigung annehmen und dazu gehört auch der Bereich illegale Beschäftigung, aber wie ich vorhin versucht habe, darzustellen, in erster Linie Richtung Arbeitgeber und Politik. Das ist nicht unser Schwerpunkt, dass wir sagen, wir wollen, dass die Leute alle rausgeschmissen werden, sondern unser Schwerpunkt ist, wir wollen unser Lohnniveau und unsere Tarifstandards halten und dazu ist es notwendig, dass diejenigen, die dort arbeiten, alle vernünftig bezahlt und vernünftig behandelt werden und das durchzusetzen ist unsere Priorität. Was anderes kann eine Gewerkschaft gar nicht machen.

**Andreas Linder** : Vielleicht kannst du (Norbert) aus deinem Erfahrungsbereich dazu noch etwas sagen.

**Norbert Cyrus**: Ja, gerne, ich fange mal an mit Italien. Ich glaube, die italienischen Gewerkschaften sind traditionell anders. Die verstehen sich wirklich als eine Interessenvertretung aller Beschäftigten und sind nicht so legalistisch, bauen nicht so sehr auf die Gesetze, als das in Deutschland im Allgemeinen üblich ist und auch bei Gewerkschaften, wo alles verrechtlicht sein muss. Also, das ist eine ganz andere Orientierung. Und Gewerkschaften in Italien haben auch mehr zu bieten, weil es gibt in Italien mehr Möglichkeiten für Menschen, die als illegale Einwanderer kommen und einen Job finden, sich legalisieren zu lassen. Auch jetzt noch. Es gibt ja diese Quotenregelung im italienischen Einwanderungsrecht, das heißt also, dass die Arbeitgeber Arbeitskräfte aus dem Ausland anfordern können und diese aus dem Ausland angeforderten Arbeitskräfte sind auch diejenigen, die schon im Inland arbeiten und da haben Gewerkschaften natürlich auch die Funktion, die aufzuklären und die dabei zu unterstützen, dass sie einen Arbeitgeber finden und dass das alles seine Bedeutung hat. Da, glaube ich, ist schon mal ein bedeutender Unterschied. Hier in Deutschland, Gewerkschaften, die sind sehr unterschiedlich, also es gibt DGB, das ist erstmal der Dachverband, der jetzt direkt nichts mit den Mitgliedern zu tun, das weißt du (Zuhörer) ja wahrscheinlich, und macht mehr diese politische Lobbyarbeit, und die Mitgliederbetreuung selber, das machen die Einzelgewerkschaften, und da ist die große Diskrepanz, die verstehen sich zwar als Interessensvertretung der Beschäftigten, sind aber gleichzeitig eine Mitgliederorganisation. Mitglieder, das sind diejenigen, die sie finanzieren, und die erwarten auch den Service von ihnen, und um das mal plastisch zu sagen, wenn die Mitglieder sagen, sag mal, ich werde arbeitslos, und du unterstützt jetzt noch die, die an meiner Stelle hier arbeiten, mit meinem Geld, also das kanns nicht sein, also, das ist natürlich ein Spagat, der schwierig auszuhalten ist, wo sehr viel dazu gehört, zu erklären, im Prinzip, dass ist versäumt worden. Es gibt jahrelange Versäumnisse in Deutschland, das muss man sagen, es wurde eine Nicht-Integrationspolitik betrieben gegenüber bestimmten Gruppen, die nur geduldet werden, wo man nie gesagt hat, okay irgendwann ist gut. Jetzt langsam merkt man es. Genauso im Bereich Arbeitsmarkt. Die Leute sind hier, die arbeiten hier, als Wanderarbeitnehmer, prekär, Gewerkschaften haben sich aber lange geweigert, das zur Kenntnis zu nehmen, wollten lieber das möglichst klein halten oder die nach Möglichkeit raus halten. Das kann man wirklich so sagen, und erst langsam kommt dieses Umdenken, dass es den europäischen Wanderarbeitnehmerverband gibt. Es ist ja auch ein Ausdruck, dass die IG BAU nicht in der Lage ist, das in ihren eigenen Reihen auch zu verankern und durchzuführen. Das, denke ich, ist auch ein Ausdruck dessen. Da fängt so ein Umdenken an, die aktuelle Mitgliederzeitung der IG BAU sagt: "Konkurrent oder Kollege", da geht es genau um diese Entsendearbeitnehmer, da wird über den europäischen Wanderarbeitnehmerverband berichtet. Also, da gibt es schon Versuche, Aufklärungsarbeit zu

machen. Es ist aber tatsächlich das Problem, dass, wenn es dann auf der Ebene der konkreten Aktionen kommt, da bleibt immer noch diese legalistische Orientierung, und ich glaube auch, man fühlt sich zu schwach, man hat sich, gerade die IG BAU, die in diesem Bereich Umgang mit Wanderarbeitern federführend ist, und das auch für sich beansprucht innerhalb der DGB-Gewerkschaften, die haben wirklich über Jahrzehnte Sozialpartnerschaft eingeübt mit den Bau-Arbeitgebern, die sind sehr gut damit gefahren, also die Bau-Zusatz-Sozialkassen, die Zuzahlungen von Wintergeld und all diese Sachen, Urlaubskassen, Umlageverfahren, gemeinsam mit den Arbeitgebern, also da hat sich eine sehr enge, auch mit dem Staat, ja korporatistische Verbindung entwickelt und da sind die darin gefangen. Das ist meine, sozusagen, Analyse, da sind die gefangen, da kommen die schlecht raus, und sie glauben auch nicht, dass sie alleine in der Lage sind, die Standards durchzusetzen. Sie appellieren da sehr stark an den Staat, das war auch meine Erfahrung, als das Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz im Bundestag im Ausschuss verhandelt wurde. Ich habe da sehr stark plädiert, ich war da auch als Sachverständiger eingeladen, hier verstärkt auf Unterstützung zu setzen, und Rechtssicherheit und Konfliktfähigkeit zu stärken. Von der IG BAU, von dem Vertreter, wurde da vor allem gesagt, man muss schärfere Regelungen haben und mehr kontrollieren und überhaupt, also, das ging mehr in diese repressive Richtung, das ist eindeutig und gleichzeitig wird dann auch gesagt, auch in Diskussionen mit den Kollegen von der IG BAU: Ja, also wir können das nicht dulden, und deshalb müssen wir mit den Kontrollbehörden zusammen arbeiten, weil ansonsten wird das alles drunter und drüber gehen. Das Problem ist, es geht auch so drunter und drüber und Gewerkschaften fühlen sich nicht stark genug oder die haben diese Ansätze des Zusammengehens von unten auch ein Stück weit verlernt. Ich glaube aber auch inzwischen in Deutschland, dass Gewerkschaften alleine überfordert sind mit diesen Fragen. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, da gehören genauso dazu die, ja, Beratungsstellen der Wohlfahrtsverbände, oder auch politische Gruppen, die hier tätig werden, die da Unterstützung bieten. Das ist alles ansatzweise überhaupt nicht vorhanden und von daher werden die Leute richtig alleine gelassen. Diese Alternativlosigkeit ist glaube ich auch ein Punkt, warum sie sich fügen. Du (Klose) hattest gesagt, wir finden die nicht. Also hier der Europäische Wanderarbeitnehmerverband sagt sehr deutlich, wir können die Leute bekommen, die sind eigentlich motiviert, die sind eigentlich kampfbereit, aber sie wissen nicht, dass sie kämpfen können, dass sie rechtliche Grundlagen haben. Da gibt es eigentlich eine große Kampfbereitschaft, wenn man sie entsprechend informiert und unterstützt. Und das wird nicht konsequent genug betrieben und das ist das, was der Europäische Wanderarbeitnehmerverband sagt, und ich kann auch sagen, das war auch das, was wir in unserer Beratungsstelle an Erfahrungen gemacht haben. Wir haben Kundgebungen gemacht, eine betrogene Gruppe polnischer Werkvertragsarbeitnehmer, wir machen mit denen vor dem Bundesjustizministerium auf der Baustelle, weil das war die Baustelle, um die es da gerade ging. Oder wir haben auch schon mal mit Entsendearbeitnehmern, die jetzt tätig waren, wo der Auftraggeber gesagt hat, ich kann euch kein Geld geben, ich bin nicht für euch zuständig, da haben wir mit denen uns besprochen und habe eine Aktion gemacht, haben also die Presse eingeladen, haben gesagt, okay, du bist nicht für uns zuständig, dann arbeiten wir also weiter, und dann haben die angefangen, das Dach, was die gedeckt haben, wieder abzudecken. Ich meine, denen kann ja keiner Anweisungen geben, und dann wurde der Auftraggeber nervös und dann kamen plötzlich das Geld. Das war eine schöne Aktion, und es zeigt einfach, dass es da durchaus Möglichkeiten gibt, hier tätig zu werden. Es sind nicht immer die illegal Beschäftigten. Aber auch bei den illegal Beschäftigten, es gab in Berlin in Zusammenhang mit einer Flüchtlingshilfeorganisation eine Aktion vor dem Rathaus, wo eine städtische Baugesellschaft aktiv war. Die hatten 12 Afrikaner beschäftigt, da war der Subunternehmer auch verschwunden, hat kein Geld gehabt. Da wurde dann eine Aktion gemacht vor dieser Baustelle, Kundgebung, Presse eingeladen, und das hat dazu geführt, dass die Auftraggeber, also die Wohnungsbaugesellschaft, dann die Lohnzahlungen garantiert hat und die Löhne sind tatsächlich geflossen, obwohl die Leute illegal beschäftigt waren. Und das sind Aktionen, die

möglich sind. Das war sogar möglich für Leute, die nicht selber in Erscheinung treten konnten. Zum Arbeitsgericht nur ganz kurz, ich meine Gewerkschaften, Kollegen, haben vereinzelt auch so Sachen gemacht, es gibt jetzt § 232 Strafgesetzbuch, Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung, da ist auch eine Art Kronzeugenregelung vorgesehen für Leute, die eben Opfer von Ausbeutung geworden sind, die können also, wenn sie als Zeugen, analog wie bei Opfern von Frauenhandel, können sie da bleiben, wenn sie als Zeugen gebraucht werden. So, also, und zum Arbeitsgerichtsverfahren. Es ist tatsächlich so, Arbeitsgerichte sind Zivilgerichte, das heißt, da werden vor allem Informationen verhandelt, die von beiden Streitparteien eingeführt werden, und dann wir halt geschaut, ist das stimmig oder strittig und dementsprechend wird also nachverhandelt und der Aufenthaltsstatus wird nicht erfragt, weil das spielt keine Rolle in dem Verfahren. Und ausländische Arbeitnehmer werden also wie inländische Arbeitnehmer behandelt und der Aufenthaltsstatus spielt keine Rolle. Es ist jetzt auch nochmal in einem Gutachten für das Bundesinnenministerium bestätigt worden, so ausdrücklich. Und man muss auch sagen, dass die Leute sogar Anspruch haben auf Prozesskostenhilfe. Die können Prozesskostenhilfe beantragen und man kann da also wirklich einiges machen zur Unterstützung, man kann auch einen Rechtsanwalt beauftragen, der die entsprechend vertritt.

**Andreas Linder** : Moment.

**Norbert Cyrus**: Das waren auch gleich ein paar Ansätze zum Organizing, was ich Ihnen erzählt hatte, mit den Demonstrationen, Kundgebungen, Dach abdecken.

**Andreas Linder** : Eine Nachfrage von mir mit Bitte um kurze Antwort: Vielleicht ein bisschen den Schwarzen Peter mal weg von den Gewerkschaften - du hast gerade gesagt, es ist nicht nur eine Frage, wie jetzt Gewerkschaften mit dieser Situation umgehen. Ich habe vor einer Weile in einem konkreten Einzelfall mal das Diakonische Werk angerufen und gesagt, hallo, wir bräuchten da vielleicht Unterstützung, und ich habe mit vier fünf Leuten telefoniert, die alle gesagt haben, wir sind für so was nicht zuständig. Das ist nicht unser Thema. Also liegt das vielleicht am sonnigen Baden-Württemberg, dass da noch niemand überhaupt auf dieses Thema gestoßen ist oder ist das im Rest der BRD auch so, dass die Wohlfahrtsverbände um den Themenkomplex illegale Migration, illegalisierte Beschäftigte einen Bogen machen?

**Norbert Cyrus**: Also ganz kurze Antwort. Eigentlich ist das ein total unterbelichtetes Feld. das ist ein weißer Fleck und dass wir das überhaupt gemacht haben, das war schon sehr aussergewöhnlich. Es gibt immer mal wieder vereinzelt Berichte von Beratungsstellen, dass die sagen, wir hatten da so Fälle, oder in der Beratung wurde das so erzählt, aber wir können ja nichts machen, die Leute haben ja sowieso keine Rechte, wo dann auch diese fehlenden Informationen dazu führen, dass selbst mögliche Schritte unterlassen werden. Hier ist sicherlich vieles zu tun, auch bei den Kontrollbehörden, die ja eigentlich auch zu den Arbeitsbedingungen ermitteln müssen und eigentlich auch schauen müssen, ob hier Formen der Arbeitsausbeutung gegeben sind. Da passiert noch viel zu wenig. Die Beratungsstellen, die Fachberatungsstellen für die Betreuung oder zum Frauenhandel, die sind jetzt auch noch mit beauftragt worden, Opfer von Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung mit zu betreuen, also dieser Paragraf, der ist aufgrund internationaler Konventionen eingeführt worden. Eine dieser Voraussetzungen war, dass es eben auch Betreuung und Informationsangebote für die Opfer gibt und in Deutschland haben wir ja schon für die Opfer von Frauenhandel, die sollen jetzt die anderen mit machen, ohne da jetzt personell oder sonstwie was auszustatten, das ist natürlich sehr unbefriedigend, aber das beantwortet die Frage insofern, dass dieses Thema Opfer von Arbeitsausbeutung jetzt erstmalig, und da sehe ich auch einen Schritt in die richtige Richtung, auch in Sozialberatungsstelle jetzt offiziell als Aufgabe Eingang gefunden hat, und das ist ja immer das Wichtige, weil die sagen ja oft, wir sind nicht zuständig, können wir nicht machen,

und jetzt ist es wirklich auch erstmals als eine offizielle Aufgabe mit drin.

**Andreas Linder** : Gibt es noch Wortmeldungen? Okay, viele.

**Frage (Mann):** Ich habe eine Frage zu den Arbeitsprozessen. Also, wenn der Aufenthaltsstatus im Prozess erstmal nicht relevant ist, aber im Laufe des Prozesses doch zur Sprache kommt, wenn der Richter darüber informiert wird, dann ist er doch eigentlich verpflichtet, das bei der Ausländerbehörde zu melden. Und das ist, vermute ich mal, ziemlich schwierig, zum Aufenthaltsstatus zu sprechen zu kommen. Und das Aufenthaltsgesetz § 87 sagt eben, dass der Richter dann verpflichtet ist, das bei der Ausländerbehörde zu melden. Müsste man da nicht ansetzen und was dagegen unternehmen? Wie häufig kommt es vor oder ist es wahrscheinlich, dass es Prozesse gibt, in denen es nicht zur Sprache kommt?

**Frage (Mann):** Ich habe zwei Fragen. Zum einen: Sind die Ermittlungsbehörden bei uns gehalten, grundsätzlich Überprüfungen vorzunehmen oder braucht es dazu einen konkreten Verdacht oder gar eine Anzeige? Die andere Frage: Gehört es nicht zur gewerkschaftlichen Strategie, wenn nun solche Subunternehmer mit kriminellen Machenschaften ausfindig gemacht worden sind, die zu benennen, womöglich gar Kampagnen zu führen, indem solche schwarzen Schafe öffentlich gemacht werden, etwa, damit Kommunen, die auch Aufträge vergeben, schon mal vorgewarnt sind und dann auch von vorneherein sagen können, wir vergeben keine Aufträge an Firmen, bei denen schon in der Vergangenheit Unregelmäßigkeiten vorgekommen sind oder bei denen wir keine Gewähr haben, dass sie sich an die geltenden Normen halten.

**Frage (Mann):** Ich möchte auf eine Engführung des heutigen Abends hinweisen bezüglich Menschen, die hier her kommen und arbeiten wollen unter der Voraussetzung, dass ihnen was vorgetäuscht wird, kommen sie in die illegale Beschäftigung oder sie nehmen das bewußt in Kauf, weil sie damit ganz gutes Geld verdienen können im Verhältnis zu anderen Ländern. Dem muss man entgegen stellen, sehr viele Menschen leben in Deutschland mit einem illegalen Status unter ganz vielen anderen Voraussetzungen. Die leben hier über Jahre und Jahrzehnte. Unter diesen Voraussetzungen ist es natürlich besonders perfide, was wir vorhin gehört haben, wenn Gewerkschaften dazu aufrufen, man soll die illegale Beschäftigung verhindern dadurch, dass man Leute ausfindig macht und eben den ermittelnden Behörden, Zollbehörden und so weiter Auskünfte erteilt. Man kann nicht genug sagen, wie menschenverachtend das ist, weil wenn man die ganze Praxis kennt, wie Menschen behandelt werden, die lange Jahre in Deutschland leben, das möchte ich nur mal in den Raum werfen, weil das sonst untergeht, weil das war hier zu sehr auf diese Arbeitsmigration focussiert und nicht auf Menschen, die hier viele Jahre leben und meine Einschätzung nach wie vor wäre, dass die einzige Forderung diesen Menschen gegenüber sein kann, Legalisierungskampagne auch in Deutschland wie anderen Ländern, wie in Südeuropa oder anderen Ländern. Es muss so was geben, auch wenn wir gerade weit davon entfernt sind, das Kampagnenbündnis oder was auch sonst aktionsfähig zu haben. Das ist die einzige Möglichkeit, das als Vision für viele Menschen im Blick zu halten. Und da ist es auch richtig zu sagen, auch wenn es gerade nicht kampagnenfähig ist, ich stehe dafür. Wenn ich beim DGB Pressesprecher bin, kann ich das vielleicht nicht so, aber ich als Person stehe dafür.

**Frage (Mann):** Frage an Herrn Cyrus. Sie haben gesagt, es müssten Initiativen von den Kommunen kommen, haben da auch unseren netten Bürgermeister erwähnt, dass so was auch in einer kleineren Stadt passieren kann, und dann haben Sie gesagt, in Köln, München, Hamburg und Frankfurt werden Studien gemacht. Papiere habe ich schon viele gelesen, auch zu diesem Thema, auch von den Kirchen. Wie stellen Sie sich solche Initiativen vor?

**Andreas Linder** : Ja, ich würde sagen, jeder einmal noch eine ausführliche Antwort auf alle

gestellten Fragen und dann machen wir Feierabend.

**Jürgen Klose:** So umfassend will ich es nicht machen. Ob wir Firmen an den Pranger stellen? Gerne. Also, das wird auch immer wieder gemacht, da werden dann auch Namen genannt. Wir haben uns auch dafür eingesetzt, dass es so was wie eine General-Unternehmerhaftung gibt, also das ist ein Beispiel, das ich am Anfang genannt habe, dass die Firma Züblin dann für alle diese Geschichten haften müsste und dass man nicht in alle Verzweigungen gehen muss, um an das Geld zu kommen. Wir haben auch eine Diskussion seit längerem im Land, die schon fast wieder abgewürgt wurde durch die Mehrheit im Landtag. Wir haben ein Landesvergabegesetz gefordert für die Vergabe von öffentlichen Aufträgen. Also, öffentliche Aufträge sind vor allem Tiefbau, Straßenbau, Kanalisation und so weiter, das ist der große Bereich der öffentlichen Aufträge und die wollten wir an bestimmte Vergabekriterien binden, also die Einhaltung von sozialen und ökologischen Kriterien und von Tariftreue und die Einhaltung von Tarifverträgen. Das ist von CDU und FDP abgebügelt worden mit dem Argument, der Staat dürfe nicht in den Markt eingreifen und die einzigen Kriterien auf die Qualität der Leistungserbringung, also es muss anständig gemacht werden, beschränkt werden, und auf die Konkurrenz um den Preis. Und das führt natürlich dazu, dass im Sinne einer negativen Koalitionsfreiheit natürlich diejenigen, die sich noch an Tarife halten, künftig von solchen Aufträgen ausgeschlossen werden. Also, ich will das nur nochmal sagen, weil es sich ab und zu so anhört, als seien die Gewerkschaften schuld, und so was. Also, wir haben uns natürlich rumzuschlagen mit dieser ganzen Art von Wirtschaftspolitik, wie sie bei uns eben vorherrscht. Ich habe das Anfang auch gesagt. Marktliberalisierung, Marktvergötzung, Deregulierung, versteckt unter der Überschrift Entbürokratisierung, vom Arbeitsschutz bis zum Arbeitsrecht, Kündigungsschutz und andere Dinge. Also, da soll man dann wirklich mal beim, wie soll ich sagen, bei den wirklich Verantwortlichen bleiben und uns als Gewerkschaften nicht die Schuld an diesen Dingen in die Schuhe schieben. Dass solche Anzeigen oder so eine Hotline perfide ist, das sehe ich nicht. Ich denke, wenn man diese Praktiken aufdecken will, dann braucht man Leute, die bereit sind, da den Finger drauf zu legen, sonst...(Zwischenruf)... Das ist bitter, aber ich kenne keine Alternative, also die Alternative wäre dieser unterstützende Ansatz, den also der Norbert Cyrus immer vertritt, also zu sagen, wir bauen ein System von Hilfen, von Beratung, von Netzwerken auf und so weiter. Ja, trotzdem denke ich, würde man nicht diese kriminelle Energie, die es in diesem Bereich gibt, damit völlig austrocknen damit. Als Gewerkschaften sind wir auf Gedeih und Verderb darauf angewiesen, dass wir das Schutzniveau, das wir erkämpft haben, erhalten, und ein Abrutschen von Standards verhindern müssen, bei Frage des Untergangs. Und da geht es dann, zugegebenermaßen, sag ich, auch nicht immer zimperlich zu. Das ist im Einzelfall zu bedauern, aber es ist so. Weil ich nach meiner Meinung zu Legalisierungskampagnen gefragt wurde, das hilft Ihnen ja nicht viel, wenn ich sage, persönlich finde ich das sympathisch. Mein Argument war, ich würde damit nicht argumentieren, wenn ich jetzt für die Illegalisierten was tun will, weil ich damit mögliche gesellschaftliche Bündnispartner, ja, abschrecke, ausschließe, und mir den Zugang zu pragmatischeren Lösungen verbaue. Es ist ein bisschen schade, dass es schon vorbei ist, weil wir jetzt noch nicht darüber geredet haben, was in der Kommune laufen kann. Norbert Cyrus hat das am Anfang ja angesprochen. Es gibt eine Reihe von Städten, wo es erfreuliche Fortschritte gibt und Tübingen, denke ich mit seinem neuen OB, wäre ein schönes Versuchsfeld, wo man das eine oder andere mal auf den Weg bringen könnte, und da geb ich jetzt einfach mal den Ball auch an Sie zurück. Gewerkschaften alleine können das nicht und deswegen bin ich froh, dass es Sie gibt.

**Norbert Cyrus:** Du hattest ja zu Ende des Anfangsbeitrags versucht, die Leute als Mitglieder zu werben. Ich weiß nicht, ob das bei allen so gut angekommen ist. Ich denke, da ist noch viel zu tun, auch viel Aufklärungsarbeit und Nachdenken darüber, was man macht und wie das eigentlich wir. Und mein Punkt, den hatte ich ja auch versucht, klar zu machen, ist es, Gewerkschaften, selbst wenn die die Position vertreten, wir haben nun mal kein anderes

Instrument, deshalb benutzen wir das, und wo gehobelt wird, da fallen nun mal Späne, das ist so ähnlich, kann man das zusammenfassen, dass da trotzdem nicht auch zumindest der Versuch kommt, zu sagen, aber wir wollen, dass Arbeitsmarktkontrolle und Migrationskontrolle getrennt wird, weil das sind zwei unterschiedliche Schuhe. Wir als Gewerkschaften haben Interessen an Arbeitsmarktkontrollen, und dass das verbunden wird, verknüpft wird mit Migrationskontrolle hat erstens Auswirkungen, die wurden beschrieben, die wir nicht unbedingt gut finden, und ist zweitens kontraproduktiv, weil es genau die Leute, die wir erreichen wollen, weil nur mit denen gemeinsam können wir Standards durchsetzen, denn die brauchen wir, deren Aussagen brauchen wir ja, wenn wir die Standards halten wollen, wenn wir diese kriminellen Arbeitgeber, von denen du da sprichst, auch überführen wollen, dann brauchen wir deren Aussagen. Das wird aber durch diese Verbindung mit Migrationskontrolle konterkariert. Und da habe ich also noch nie ne klare Aussage gehört von Gewerkschaften, dass sie sagen, Arbeitsmarktkontrolle ja, aber ohne Migrationskontrolle. Das wäre, sozusagen, eine ganz klare Geschichte. Dasselbe Problem haben wir mit dem Arbeitsgericht, dass das auch mit Funktionen der Migrationskontrolle verbunden wird, hier aber sozusagen nicht ganz so stark, ich hatte das gesagt, es besteht keine Verpflichtung, den Aufenthaltsstatus aufzunehmen, erstmal. Die Frage ist, wenn der im Verfahren dann fällt, ob die dann nicht übermittlungspflichtig sind. Im Prinzip sind sie übermittlungspflichtig, das ist wohl wahr, aber das wird in dem Verfahren kaum zur Sprache kommen, weil die Arbeitgeber selber auch kein Interesse haben, das darzustellen. Ich hatte mal ein Verfahren, da war ich dabei, wo der Arbeitgeber noch in der Pause der Verhandlung versucht hat, die Kläger zu bedrohen und zu sagen, ihr seid doch illegal, aber das war im Verfahren selber kein Thema, schlicht und ergreifend, weil dann der Arbeitgeber selber mit härteren Strafen, weil in dem Fall wäre es ja dann gerichtskundig, aktenkundig, also von daher haben beide Seiten kein Interesse, und das sind gute Voraussetzungen, hier etwas zu erreichen, zumal, auch das muss man zugeben, man das zum einen über Rechtsanwälte als Vertretung machen kann. Wenn man Gewerkschaftsmitglied ist, wird es auch gewerkschaftlich vertreten werden. Man muss dann auch nicht unbedingt persönlich erscheinen, da gibt es durchaus bestimmte Möglichkeiten, das zu machen, und normalerweise gehen Leute hin, wenn es zu spät ist, wenn sie entlassen sind, wenn Geldforderungen ausstehen, wenn sie also sozusagen nichts mehr zu verlieren haben. Von daher finde ich das eigentlich eine ganz gute Geschichte. Die Kontrollbehörden sind, ich sag mal, nicht wirklich verpflichtet, Hinweisen nachzugehen, sondern sie haben da einen Ermessensspielraum. Sie können prinzipiell verdachtslose Kontrollen durchführen, ich habe selber mal bei so einer Kontrollbehörde eine Woche hospitiert bzw. teilnehmende Beobachtung gemacht. Also, die suchen sich teilweise Baustellen aus auf Grundlage von Hinweisen und da ist nicht selten so ein Hinweis mit dabei, da ist ein Schwarzer auf der Baustelle oder da wird ausländisch gesprochen, guck doch mal nach. Das haben die mir selber auch so gesagt. Dann sind es aber auch so Zufälle. Die fahren irgendwo vorbei, sehen, die Baustelle ist irgendwie unordentlich, oder haben Zeit und gehen dann noch in den Imbiss und kontrollieren die Arbeitserlaubnisse. Also so, teilweise, ist es. Das sind verdachtslose Kontrollen, die gemacht werden können, und welche Baustellen kontrolliert werden, hängt immer davon ab, wie die Kräfte sind, wie viel Leute man braucht, wie die das einschätzen. In Privathaushalten darf nur mit Verdacht kontrolliert werden. Also, da muss tatsächlich ein Anfangsverdacht vorhanden sein. Ja, Schattenwirtschaft als Überlebensraum, sehe ich auch so, das ist ganz klar, und ich vertrete auch die Ansicht, dass man Menschen einen Ausweg aus der Illegalität eröffnen muss, und dass es auch unwürdig ist, Menschen unbegrenzt oder über einen sehr langen Zeitraum in einem solchen Zustand leben zu lassen und wenn sich hier Bindungen entwickelt haben und sich zunehmend verfestigen, halte ich das auch für sinnvoll, ihnen eine Möglichkeit zu geben, so wie das jetzt auch bei der Bleiberechtsregelung endlich passiert. Das ist für mich auch eine Form der Legalisierung, auch wenn es niemand offiziell so bezeichnen mag, aber da zeigt sich, dass auch in Deutschland solche Sachen durchaus möglich sind.

**Jürgen Klose:** Also, Legalisierung des Aufenthalts, das war den Behörden ja bekannt, dass die eine Duldung hatten.

**Norbert Cyrus:** Ja, ja, das Letzte sind die Prozessen in den Kommunen. Was kann man machen. Also, in München hat tatsächlich der Stadtrat den Auftrag gegeben zu einer Studie, was ja schon mal auch ein politisches Statement ist, zu sagen, wir sehen hier einen Bedarf und wir wollen jetzt man genauer wissen, was Sache ist. Stadt München, Landeshauptstadt von Bayern. Und dann während des Prozesses waren die Behörden mit eingebunden, das heißt es gab auch Rücksprachen, es wurde Sensibilität geschaffen, es gab wirklich einen Prozess, und es gab dann einige Beschlüsse im engen Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten, was zum Beispiel bedeutete, dass die Ausländerbehörden angewiesen wurden, im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Handlungsspielräume zu nutzen zugunsten auch von Antragstellern, zu gucken, kann man Menschen, die in der Illegalität leben, vielleicht einen Aufenthaltsstatus geben. Das fand ich schon sehr erstaunlich, dass das stattgefunden hat, so eine anonyme Fallbegutachtung, das sind so ganz kleine Schritte, aber, das denke ich, das sind so Anregungen. Oder dass die Stadt München einen Fonds unterstützt hat für die Finanzierung der medizinischen Betreuung, in den Schulen auch geschaut hat, und da versucht hat, eine Klarstellung zu erreichen, und auch, muss man sagen, im deutschen Städtetag nochmal Initiativen eingebracht hat. Das sind so Beispiele nur von einer Kommune. Und da müsste man sich natürlich nochmal genauer anschauen, wie das passiert. Es gibt auch in Göttingen, in Hamburg-Altona gab es einen Gemeinderatsbeschluss, also, es gibt verschiedene Möglichkeiten gerade auf kommunaler Ebene, wo man was unterstützen kann, und ich betone das einfach, weil ich seit 10, 15 Jahren in dem Bereich Verbesserungen des Aufenthaltsrechts von Menschen in Deutschland auch aktiv bin und merke, auf Bundesebene kommt man da nicht weiter, das ist ausgereizt. Wir haben das Thema bis zu einem bestimmten Punkt vorangebracht mit einer Anhörung im Innenausschuss, Prüfauftrag Illegalität, also das Thema ist insoweit klar und die Fronten sind auch klar, also, die sind so verhärtet, da wird also auf dieser Ebene nicht mehr viel passieren im Moment, und ich versuche also von daher auch letztendlich zu motivieren, dass von unten, von lokaler Seite nochmal ein bisschen Wind in die Sache kommt.

**Andreas Linder :** Okay, machen wir einen Punkt. Herzlichen Dank, Jürgen Klose und Norbert Cyrus und euch, dass ihr da wart und mit diskutiert habt....